

**SOLIDARITÄT.
SOLIDARITY.
SOLIDARITÉ.
BONN.**

Kommunale Seniorenpolitik in Bonn



Inhalt:

1.	Präambel	Seite 3
1.1	Zielsetzung	
1.2	Zielgruppe	Seite 4
1.2.1	Altersstruktur der Bonner Bevölkerung	Seite 5
1.3	Demographischer Wandel	
2.	Handlungsfelder der Bonner Seniorenpolitik	Seite 6
2.1	Politische und gesetzliche Voraussetzungen	
2.2	Wohnen im Alter	Seite 7
2.2.1	Wohnberatung	Seite 8
2.2.2	Altenwohnungen	
2.2.3	Barrierefreie Wohnungen	Seite 9
2.2.4	Betreutes Wohnen/Wohnen mit Service	
2.2.5	Ambulant betreute Wohngemeinschaften	Seite 10
2.2.6	Vollstationäre Pflege	
2.2.6	Alternative Wohnformen	
2.3	Gesundheit und Senioren	Seite 11
2.3.1	Demenz: Eine besondere gesellschaftliche Herausforderung	Seite 12
2.3.2	Beratung bei Demenz	
2.3.3	Unterstützung bei Versorgung zu Hause	
2.3.4	Versorgung in Wohn- und Pflegeeinrichtungen	Seite 13
2.4	Kultursensible Altenhilfe	Seite 14
2.4.1	Bonner Bevölkerung nach Herkunftsländern	
2.4.2	Migration und Alter in Bonn	Seite 15
2.4.3	Kultursensible Pflege	
2.4.4	Kultursensible Beratungs- und Hilfeangebote	
2.5	Lebenslanges Lernen	Seite 16
2.6	Öffentlichkeitsarbeit	Seite 17
3.	Schlussbemerkungen	

1. Präambel

Der demographische Wandel hat in Europa und insbesondere in Deutschland in den letzten Jahren gesellschaftlich sehr an Bedeutung gewonnen und ist zu einem Schwerpunktthema der Politik geworden. Auch auf kommunaler Ebene werden dringend veränderte Konzepte benötigt, damit dort die gesellschaftlichen Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels in einer zukunftsweisenden und modernen Seniorenpolitik ihre Entsprechung finden. Analog des generell in der Seniorenpolitik feststellbaren Paradigmenwechsels weg von einer rein versorgenden hin zu einer stärker präventiven Ausrichtung gilt es, umfassende Prozesse zu fördern, in denen alle in der Altenhilfe tätigen Träger, Einrichtungen, Verbände, Initiativen und Dienstleister intensiv vernetzt werden unter Berücksichtigung haupt- und ehrenamtlicher Angebote in den Stadtteilen. Dabei kommt quartiersbezogenen Wohnkonzepten, die auf kleinräumige Vernetzung und Integration unterschiedlicher Wohn-, Betreuungs- und Dienstleistungsangebote ausgerichtet sind, eine zunehmend zentrale Bedeutung zu. In der vorliegenden Konzeption „Kommunale Seniorenpolitik in Bonn“ wird dargelegt, welche Faktoren hier eine Rolle spielen und welche Handlungsfelder sowie Schwerpunkte sich daraus für die Bonner Seniorenpolitik ergeben, damit die älteren Menschen in Bonn auch in Zukunft ein würdiges und lebenswertes Leben führen können und die Rahmenbedingungen bedarfsgerecht und finanzierbar weiterentwickelt werden.

1.1 Zielsetzung

Ältere Menschen sind integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und nicht eine in sich geschlossene Gruppe, die insgesamt der Hilfe bedarf. Es handelt sich um eine äußerst heterogene Gruppe mit zum Teil erheblichen Problemen, aber auch mit erheblichen Potenzialen, die bei der kommunalen Seniorenpolitik angemessen berücksichtigt werden müssen.

Das bedeutet, dass Seniorenpolitik ihre Angebote auf die unterschiedlichen Bedürfnisse abstimmen und in der Öffentlichkeit offensiv bekannt machen muss. Denn viele Ältere benötigen lange Zeit gar keine Hilfe, sie sollten aber bereits vor dem Eintritt kritischer Situationen wissen, wo sie gezielt Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen finden können, wenn sie Hilfe und Unterstützung benötigen.

In Bonn wurde bereits sehr früh die Bedeutung einer qualifizierten Seniorenpolitik erkannt.

Der erste Bonner Altenplan wurde vom Rat der Stadt Bonn schon im Jahre 1967 verabschiedet. Von Anfang an lagen die Schwerpunkte in der Beratung und Betreuung älterer Bonner und Bonnerinnen. Der Altenplan wurde regelmäßig fortgeschrieben, zuletzt im Jahr 2002 für die Zeit bis 2009 in einzelnen Schwerpunktbereichen. Er ist Grundlage für eine umfassende Versorgung, für die finanzielle Förderung und für praktische Hilfen, die den Bonner Bürgern und Bürgerinnen im Seniorenalter angeboten werden.

Das vorliegende Konzept benennt konkrete Handlungsfelder, damit Leben im Alter auch zukünftig in Bonn zufriedenstellend gestaltet werden kann.

Grundsätzliches Ziel der Bonner Seniorenpolitik ist es, die älteren Menschen in Bonn in ihrer Lebensorganisation so zu unterstützen, dass sie möglichst lange unabhängig von institutioneller Hilfe sind und gleichzeitig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Dieses Grundsatzziel kann erreicht und auf Dauer gesichert werden, wenn die Prinzipien „ambulant vor stationär“, „Prävention vor Pflege“ und „Kooperation aller Beteiligten“ konkret in einer ganzheitlichen kommunalen Systemlösung umgesetzt werden.

Die Konzentration auf die Schwerpunkte und Handlungsfelder

- Wohnen im Alter
- Gesundheit im Alter
- Kultursensible Altenhilfe
- Lebenslanges Lernen
- Öffentlichkeitsarbeit

gibt dabei den Rahmen der aktuellen inhaltlichen Ausrichtung vor, die in der Zukunft den gesellschaftlichen Entwicklungen stetig angepasst werden muss. Quartiersnahe ganzheitliche Projekte sind bei allen Handlungsfeldern verstärkt zu entwickeln.

Da der Handlungsdruck auf kommunaler Ebene ständig zunimmt, sollen die einzelnen Maßnahmen entsprechend der konkreten finanziellen, personellen und politischen Möglichkeiten zeitnah umgesetzt werden, wobei im Einzelnen zu prüfen ist, welche Finanzierungsmöglichkeiten neben kommunalen Mitteln denkbar sind.

1.2 Zielgruppe

Die in dieser Konzeption beschriebenen Angebote und Maßnahmen sind in erster Linie für Bonner Bürger und Bürgerinnen ab einem Alter von 65 Jahren sowie deren Angehörige entwickelt worden. Es werden aber auch Angebote und Leistungen genannt, die bereits jüngeren Personen und dauerhaft Erwerbsunfähigen zu Gute kommen, wenn sie dazu beitragen, dass dadurch Benachteiligungen im Alter vermieden werden können und weiterhin eine selbst bestimmte, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Alter möglich bleibt.

Im Gegensatz zur Gesamtentwicklung Deutschlands ist Bonn hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung eine wachsende Stadt. In den letzten zehn Jahren hat die Bevölkerung um etwa 10 000 Einwohner und Einwohnerinnen zugenommen. Hinzu kommt, dass man der Bonner Bürgerschaft eine hohe Wirtschaftskraft und eine überdurchschnittlich hohe Lebenserwartung attestiert. Viele der älteren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verbände, Organisationen, Botschaften und Ministerien haben sich nach dem Umzug der Regierungsbehörden in Bonn niedergelassen. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass auch das gewerbliche Angebot an Einrichtungen und Institutionen der Altenhilfe in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden ist und sich beispielsweise hochpreisige Seniorenresidenzen angesiedelt haben.

Erfahrungswerte der letzten Jahre zeigen außerdem, dass derzeit etwa jede dritte Person der über 75-Jährigen (also zirka 8 300 Menschen) in erhöhtem Maß der medizinischen oder sozialpflegerischen Hilfe durch professionelle Anbieter bedarf. Diese Nachfrage wird sich in den kommenden Jahren durch die relative Abnahme der

Zahl der unter 60-Jährigen sowie durch die abnehmende Möglichkeit der Betreuung und Pflege in den Familien stetig erhöhen.

1.2.1 Altersstruktur der Bonner Bevölkerung

In Bonn lebten zum Stichtag 30.6.2009 insgesamt 316 361 Menschen.

Im Zeitraum zwischen 1970 und 2009 ist damit ein Bevölkerungszuwachs von knapp 42 000 Menschen (15,2 Prozent) zu verzeichnen.

Von diesen 316 361 Personen sind 56 590 älter als 65 Jahre.

Dies entspricht einem Anteil von 17,9 Prozent.

Mehr als jeder fünfte Einwohner Bonns, nämlich 22,4 Prozent, ist heute älter als 60 Jahre. Fast jeder neunte davon hat einen Migrationshintergrund; diese Tendenz steigt stetig.

Der Anteil der so genannten Hochbetagten (Personen älter als 85 Jahre) an der Gesamtbevölkerung in Bonn beträgt etwa 2,4 Prozent.

Nach der derzeit vorliegenden Bevölkerungsprognose wird die Gesamtbevölkerung Bonns bis 2030 um zirka 29 000 Personen zunehmen. Die Zahl der über 60-Jährigen wird in dieser Zeit voraussichtlich um 29 400 Personen steigen.

Von den über 65-Jährigen leben derzeit etwas mehr als 3 000 Personen in einer stationären Einrichtung, das entspricht etwa 6,1 Prozent. Das Durchschnittsalter der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen liegt bei 84,6 Jahren.

1.3 Demographischer Wandel: Herausforderung und Chance

Die Zeit des „dritten Lebensabschnitts“ ist heute eine wesentlich längere Lebensphase als noch vor einigen Jahren. Durch die Entwicklung dieser Lebensphase zu einem eigenständigen und aktiv zu gestaltenden Lebensabschnitt sind neue Bedürfnisse und Herausforderungen entstanden. Parallel dazu werden durch den gesellschaftlichen Wandel und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend immer mehr Menschen im Alter über nur geringe Einkünfte verfügen. Die Sozialversicherungsträger stellen heute zwar in den meisten Fällen zusammen mit den Grundsicherungsträgern (Kommunen und Kreise) den Lebensunterhalt für die älteren Menschen sicher, es ist jedoch erkennbar, dass insbesondere das Sozialversicherungssystem aufgrund des demographischen Wandels und der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage mit hoher Arbeitslosigkeit zunehmend an Grenzen stößt. So wird von den Bürgern und Bürgerinnen zunehmend mehr Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung auch im Alter gefordert - dies beinhaltet gleichzeitig Herausforderung und Chance.

Auch in Bonn steigt die Zahl allein stehender älterer Menschen immer weiter. Gründe hierfür sind sich verändernde Vorstellungen von Ehe und Familie, gestiegene Mobilität sowie der Wunsch nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit bis ins hohe Alter hinein. Bereits jetzt ist fast jeder zweite Haushalt in Bonn ein Singlehaushalt. Die große Steigerung von „Notfalleinsätzen“ durch das „Haus der Bonner Altenhilfe“ und von Nachfragen nach Beratung und Hilfe rund um Probleme im Alter zeigt, dass immer mehr ältere Menschen in Bonn mit unterschiedlichsten Ängsten und Problemen konfrontiert sind, die sie nicht mehr selbstständig oder mit Hilfe von Verwandten oder Nachbarn bewältigen können und für die deshalb differenzierte Angebote vorgehalten und neue Wege entwickelt werden müssen.

Neben den genannten Problemfeldern ist aber auch erkennbar, dass gerade in einer Stadt wie Bonn immer mehr ältere Menschen mit ungenutzten Handlungsressourcen leben, die noch keine Hilfe benötigen („Fitte Alte“, Vorruheständler, „Generation 50+“), sondern die sich aktiv daran beteiligen möchten, neue Lebens- und Wohnperspektiven, spezifische Bildungs- und Beratungsangebote, gesundheitliche Präventionsmaßnahmen und so weiter aktiv mitzugestalten. Dabei kann an das Bedürfnis nach Bildung, Bewegung, Fitness, Gesunderhaltung und sozialen Kontakten angeknüpft werden, denn Prävention hat eine erhebliche soziale Dimension, die aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und Isolation frühzeitig vorbeugen kann. Um dieses vielfältige Potential sinnvoll in die Bonner Seniorenpolitik zu integrieren, ist die Kommune vor allem als Initiator und Koordinator neuer Handlungsformen gefragt, auch im Hinblick auf ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen.

2. Handlungsfelder der Bonner Seniorenpolitik

2.1 Politische und gesetzliche Voraussetzungen

Unser Sozialversicherungssystem sichert heute in den meisten Fällen gemeinsam mit den Grundsicherungsträgern den Lebensunterhalt der Seniorinnen und Senioren. Menschen über 65 Jahre, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können, haben Anspruch auf Leistungen nach dem **SGB XII**.

Der in der **Pflegeversicherung** verankerte Grundsatz „ambulant vor stationär“ bedeutet für die ambulante Altenhilfe große Aufgabenzuwächse, da die Sicherstellung eines ambulanten Versorgungssystems in der eigenen Wohnung in aller Regel aufwändiger und kostenintensiver ist, als die „Rund-um-Versorgung“ in einem Heim. Knapper werdende finanzielle und personelle Ressourcen bei der Stadt erfordern zunehmend Hilfen durch die Bonner Wohlfahrtsverbände und sonstige Institutionen bei der ambulanten Seniorenbetreuung.

Seit Beginn des Jahres 2009 hat das **Wohn- und Teilhabegesetz** des Landes Nordrhein-Westfalen das bisherige Heimgesetz abgelöst. Obwohl sich an den rechtlichen Vorgaben einiges geändert hat, ist die Heimaufsicht des Amtes für Soziales und Wohnen in Bonn entschlossen, neben den ordnungsbehördlichen Aufgaben wie bisher dem Beratungsauftrag und der partnerschaftlichen Kooperation Rechnung zu tragen.

§ 4 des **Landespflegegesetzes** verpflichtet die Kommunen zu einer träger-unabhängigen Beratung von Pflegebedürftigen, von Pflegebedürftigkeit Bedrohter und ihren Angehörigen. Diese Aufgabe nimmt vor allem das „Haus der Bonner Altenhilfe“ wahr, unterstützt durch die „Seniorenbegegnungsstätten“ sowie das im Jahr 2003 eingeführte Beratungsangebot der neun über das ganze Bonner Stadtgebiet verteilten Stützpunkte Offene Tür für Senioren „SpOTS“, die alle zusammen den Informations- und Beratungsmittelpunkt der gesamten Bonner Altenhilfe darstellen und eine erste Anlaufstelle für Rat und Kontakt suchende Senioren und Seniorinnen sind, unabhängig von ihrem Alter, sowie für deren Angehörige und Anbieter.

Durch das zum 1.7.2008 in Kraft getretene **Pflegeweiterentwicklungsgesetz** sollen in den Städten von den Pflege- und Krankenkassen in enger Kooperation mit den Kommunen so genannte Pflegestützpunkte eingerichtet werden.

Die für Bonn geplante Lösung sieht vor, einige der „SpOTS“ zukünftig zu so genannten „Pflegestützpunkten light“ auszubauen, um somit dem Anspruch nach modernen und quartiersbezogenen Betreuungs- und Beratungsangeboten angemessen zu begegnen, zumal gerade das Beratungsangebot in den „SpOTS“ von der Bevölkerung seit ihrer Einrichtung sehr gut angenommen wird. Insofern können die Bonner „SpOTS“ gemeinsam mit dem „Haus der Bonner Altenhilfe“ und den Seniorenbegegnungsstätten zunehmend die auch vom Städtetag NRW und anderen Spitzenverbänden geforderte ganzheitliche Neuorientierung sozialer Dienstleistungen für ältere Menschen hinsichtlich der Dezentralisierung, der Vernetzung im Stadtteil sowie Einbeziehung aller relevanten Akteure auf der Quartiersebene konkret umsetzen und weiterentwickeln.

Konkrete Ziele:

- Die Angebote der Bonner Einrichtungen für Senioren und Seniorinnen sind stetig dem veränderten Altersbild entsprechend weiter zu entwickeln.
- Geeignete SpOTS sollen zu „Pflegestützpunkten light“ weiterentwickelt werden, um andere Angebote netzwerkartig und dezentral zu unterstützen.
- Angebote für und mit Hochaltrigen sollen in den Stadtteilen gezielt entwickelt werden.
- Vorhandene Netzwerke und Nachbarschaftshilfen, der Aufbau von Besuchs- und Begleitdiensten, deren qualifizierte Begleitung sowie Angebote zur Alltagsstrukturierung sollen gezielt intensiviert werden.
- Das ehrenamtliche Engagement soll systematisch unterstützt werden.
- Die Bedarfslage an stationären Plätzen soll zukünftig regelmäßig überprüft werden, um notwendige Entwicklungen rechtzeitig einleiten zu können.

2.2 Wohnen im Alter

Das Thema „Wohnen im Alter“ ist sozial-, wohnungsmarkt- und finanzpolitisch bedeutsam. Ein breites Spektrum von Problemen und Chancen in fast allen Lebensbereichen kennzeichnet die Dimension der zukünftig zu bewältigenden Herausforderungen.

Zukunftsweisende Seniorenarbeit muss deshalb die äußerst vielfältigen Wohnwünsche und -bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen und dabei möglichst auch die Kommune entlasten, weg von der Schaffung reiner Versorgungsstrukturen hin zu einer Stärkung des „normalen Wohnens“ und zur Stärkung von Mitwirkung und Teilhabe in dezentralen Strukturen, die den sozialen Zusammenhalt sichern und eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Eigeninitiative und Generationen übergreifender Hilfe darstellen, die zukünftig dringend benötigt werden. Der Schaffung alternativer Wohnformen, wie zum Beispiel von Mehrgenerationenprojekten, kommt hierbei auch in Bonn in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu.

Die Landesregierung in Nordrhein Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die häusliche Versorgung von Pflegebedürftigen zu stärken. Die Bonner Altenhilfe wird deshalb zukünftig verstärkt in Kooperation mit dem Land sowie mit in diesem Bereich tätigen Interessenvertretungen und Verbänden, Informationsaktionen und Bildungsmaßnahmen für pflegende Angehörige in den Stadtteilen durchführen.

Mit Blick auf den absehbar zunehmenden Anteil älterer Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, ist daneben zukünftig auch die Schaffung kostengünstiger und angemessener Wohnmöglichkeiten in einem altengerechten Wohnumfeld (Nahversorgung, ÖPNV, soziale Netze, Freizeitangebote) auch in Bonn bedeutsam und bildet einen der zukünftigen Schwerpunkte kommunaler Seniorenpolitik.

2.2.1 Wohnberatung

Das Amt für Soziales und Wohnen bietet Senioren und Seniorinnen eine qualifizierte Wohnberatung an, um festzustellen, welche baulichen Maßnahmen in einer Wohnung möglich und notwendig sind, damit der ältere Mensch möglichst lange in seiner häuslichen Umgebung verbleiben kann. Dieses Angebot wird seit Anfang Juli 1999 vorgehalten und wurde in den letzten Jahren kontinuierlich mit Zuwachsraten in Anspruch genommen.

Zum 1. März 2005 wurde das Modellprojekt um die Wohnberatung für Bürger und Bürgerinnen insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz erweitert. Die Aufgaben der Wohnberatungsstelle umfassen die Bereiche der individuellen Fallbearbeitung und der Öffentlichkeitsarbeit sowie darüber hinaus Fach- und Institutionenberatung, Vermittlung von Vernetzungsarbeit und den Wissenstransfer zwischen sozialen Dienstleistern, Selbsthilfegruppen sowie Forschung und Wissenschaft. Die Wohnberatung steht allen Bonner Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung und wird von einem qualifizierten Gerontotherapeuten/Altenpfleger sowie einer Architektin/Bautechnikerin angeboten. Zum Beratungsangebot gehören eine psychosoziale Analyse, eine technische Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie ein Finanzierungsplan. Auf Wunsch wird Unterstützungsmanagement geleistet. Pro Jahr werden mit steigender Tendenz zwischen 150 und 160 Fälle abschließend bearbeitet.

Als Best-Practice-Beispiele zum Thema Wohnberatung kann hier die Vermittlungsarbeit der „SpOTS“ aufgeführt werden, da sie seit ihrer Einrichtung in allen Beratungsfällen, bei denen es um nicht altersgerechten Wohnraum geht, an die Wohnberatung verweisen beziehungsweise einen Besuch vor Ort vermitteln. Dies ist ein Beispiel für die gute Vernetzung des Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangebots für hilfebedürftige ältere Menschen im Sinne eines bedarfsgerechten und quartiersbezogenen Angebots in Bonn.

2.2.2 Altenwohnungen

Bis zum Jahr 1998 haben die Stadt Bonn und das Land NRW den Wohnungsbau im ersten und zweiten Förderungsweg unterstützt. Zum Teil sind diese Wohnungen mit einer Zweckbindung für Senioren und Seniorinnen versehen und werden nur noch zu einem kleinen Teil von der Abteilung Wohnen des Amtes für Soziales und Wohnen vermittelt. Überwiegend kann eine solche Wohnung direkt vom Vermieter angemietet werden. Teilweise bieten die Vermieter kleinere Service-Leistungen neben der reinen Vermietung an.

Die Wohnungen befinden sich meist in Anlagen, die überwiegend älteren Menschen vorbehalten sind. Sie können von Interessenten mit Wohnberechtigungsschein bezogen werden, sofern sie 60 Jahre oder älter sind. Bei Ehepaaren muss mindestens ein Partner 60 Jahre oder älter sein.

Diese komplett abgeschlossenen Wohnungen verfügen zumeist über eineinhalb bis zwei Zimmer, Küche und Bad und Aufzug. Zunehmend erlöschen jedoch durch Zeitablauf die Zweckbindung für Ältere und das Besetzungsrecht der Stadt Bonn.

2.2.3 Barrierefreie Wohnungen

Seit 1998 ist das Land Nordrhein Westfalen von der ausdrücklichen Zweckbindung von Wohnraum für Ältere abgewichen und hat als Standard die Barrierefreiheit in allen Wohnungen vorgeschrieben. Dies gilt auch für alle geförderten Maßnahmen im Wohnungsbestand. Die so geförderten Wohnungen sind für 15 bis 20 Jahre im Mietpreis gebunden und werden ausschließlich über die Abteilung Wohnen vermittelt.

Mit der Barrierefreiheit sind sie geeignet für Senioren und Seniorinnen, Behinderte und bedingt auch für Rollstuhlfahrer/-innen. Damit können künftig alle älteren Menschen länger in der gewohnten Umgebung verbleiben.

Die oben aufgeführten Wohnungen gibt es in allen Wohnungsgrößen; also auch als 3-Zimmer-Wohnung oder 4-Zimmer-Wohnung. Zum Bezug ist ein Wohnberechtigungsschein der Einkommenskategorie A oder B erforderlich. Die Einkommensgrenzen liegen mittlerweile in Nordrhein Westfalen so hoch, dass auch ein Bewerber oder eine Bewerberin mit durchschnittlichem Einkommen in den Vorzug einer solchen Wohnung kommen kann.

2.2.4 Betreutes Wohnen/Wohnen mit Service

Die Bezeichnung „Betreutes Wohnen“ ist ein ungeschützter Begriff und umfasst viele Facetten. Grundsätzlich werden darunter unterschiedliche Formen altersgerechter Wohnangebote verstanden, die mit Betreuungsdienstleistungen gekoppelt sind. Es bedeutet außerdem meist selbst bestimmtes Wohnen „zu Hause“ und fällt damit nicht unter die Regelungen der Heimaufsicht. In Bonn existieren zudem einige Wohnanlagen für ältere Menschen, in denen betreutes Wohnen möglich ist. Auch die Wohnstifte und Wohnresidenzen sind hier angesiedelt.

Die Grundstrukturen von „Betreutem Wohnen“ sind

- Wohnen (zum Teil öffentlich gefördert),
- Grundservice, der im Betreuungsvertrag formuliert wird (zum Beispiel: Beratende Hilfen, Notrufsystem, Begegnungs- und Kommunikationszentrum in der Wohnanlage),
- Zusatz- oder Wahlleistungen, die gesondert berechnet werden (zum Beispiel: Essensversorgung, hauswirtschaftliche Dienste, pflegerische Hilfen, Krankenpflege, Wäschedienst, Fahr- und Begleitdienst).

Zum Mindestqualitätsstandard zählen unter anderem

- altersgerechter Wohnraum, besser noch rollstuhlgerecht oder barrierefrei
- Beschränkung der Grundbetreuungspauschale auf ein Mindestmaß an Leistungen
- Notrufsystem

2.2.5 Ambulant betreute Wohngemeinschaften

Diese Wohngemeinschaften mit Pflegeangeboten sind meist für pflegebedürftige Menschen konzipiert, bieten den Bewohnern und Bewohnerinnen aber dennoch ein Leben in der Gemeinschaft mit der Möglichkeit zu gemeinsamen Alltagsaktivitäten und dem Ziel einer möglichst langen Erhaltung der Selbstständigkeit.

Sie sind gekennzeichnet durch Unterstützung und Sicherheit in der Gemeinschaft, aktive und verlässliche Nachbarschaft sowie gemeinschaftliches Miteinander.

Ambulant betreute Wohngemeinschaften, gerade auch mit stundenweiser Betreuung, werden auch in Bonn zunehmend attraktiver als Alternative zum Alleinleben oder zur vollstationären Versorgung. Deshalb wird die Kommune hier zukünftig zunehmend mit ihren ämterübergreifenden Planungs- und Beratungsangeboten aktiv werden, um Wege unabhängig von bürokratischen Auflagen aufzuzeigen.

2.2.6 Vollstationäre Pflege

Die Bundesstadt Bonn verfügt über einen Bedarfs deckend hohen Anteil an vollstationären Pflegeplätzen.

Im August 2009 gab es in Bonn 39 stationäre Altenhilfeeinrichtungen mit 3 034 Plätzen und einer Auslastung von durchschnittlich 96,21 Prozent.

Klassische stationäre Pflegeeinrichtungen wird es auch weiterhin geben müssen.

Allerdings wird die Kommune im Sinne einer zukunftsweisenden Seniorenarbeit verstärkt dazu beitragen, dass die Lücke zwischen der eigenen Häuslichkeit und der stationären Pflege weiterhin gemäß dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ verringert wird.

2.2.7 Alternative Wohnformen

Alternative Wohnformen für ältere Menschen werden in Deutschland eine zunehmend wichtige Rolle spielen, dies zeigen viele seriöse Umfragen der letzten Jahre. Die Nachfrage für solche (häufig selbst initiierte) Wohnformen existiert vor

allem bei der „Generation 55+“, die entweder mit älteren Menschen oder auch in Mehrgenerationenprojekten selbstbestimmt zusammenleben möchte.

Viele 60- bis 80-Jährige schätzen bei dieser Wohnform den Aspekt des „normalen“ Wohnens in einer lebendigen Nachbarschaft, den Aspekt der Sicherheit, der Nachbarschaftshilfe und von daher auch der Kosten.

Im Amt für Soziales und Wohnen wurde vor einiger Zeit deshalb eine Projektstelle „Innovative Wohnformen“ eingerichtet, die durch eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit diversen Akteuren frühzeitig Bedarfe und Notwendigkeiten hinsichtlich der Wohnungsversorgung älterer Bonner Bürger und Bürgerinnen eruiert, um darauf angemessen zu reagieren. Insbesondere wird die Kommune durch diese Projektstelle in Bonn zukünftig eine aktiv moderierende Rolle zur Zusammenführung von Investoren, Dienstleistern, Initiativen, Vereinen und Nutzern hinsichtlich der Weiterentwicklung von sozialquartiersbezogenen Wohn- und Versorgungsstrukturen, die auch alternative, dezentrale und zukunftsorientierte Lebensmodelle für Senioren und Seniorinnen beinhalten, übernehmen.

Best-Practice-Beispiele in diesem Zusammenhang sind die Bonner Wohnprojekte „Amaryllis“, „Wahlverwandtschaften“, „Villa Bellevue“ sowie der Verein „LeA e. V.“, die in Kooperation mit dem Amt für Soziales und Wohnen der Stadt Bonn entwickelt und erfolgreich realisiert wurden.

Konkrete Ziele:

- Förderung innovativer Wohnformen, insbesondere von Mehrgenerationenprojekten
- Weiterentwicklung barrierefreier Wohnmöglichkeiten
- Weiterentwicklung von sozialquartiersbezogenen Wohn- und Versorgungsstrukturen
- Stärkung und Ausbau der häuslichen Pflege

2.3 Gesundheit und Senioren

Vor dem Hintergrund der weltweit rasch alternden Bevölkerung bilden Bedarfe und Chancen auch im Bereich „Gesundheit“ speziell auf kommunaler Ebene eine wichtige Rolle.

Die Bonner Altenhilfe bietet seit langem ein weit gefächertes Spektrum von Hilfe und Beratung in Bezug auf das Thema Gesundheit von Senioren und Seniorinnen, das unter anderem in den SpOTS weiterentwickelt werden soll.

Auch in Bonn existiert ein durch die Kranken- und Pflegekassen vorgehaltenes umfassendes System zur Betreuung und Beratung in allen Fragen rund um die Gesundheit älterer Menschen. Dieses muss erhalten und den zukünftigen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt werden.

Am 1. Juli 2009 gründeten daher die unterschiedlichsten Repräsentanten der regionalen Gesundheitswirtschaft den Verein „Gesundheitsregion Köln-Bonn e. V.“ Ziel der Initiative ist es, losgelöst von gesundheitspolitischen Grundsatzfragen um Kosten und Finanzierung des Systems, gemeinsam mit unterschiedlichsten Akteuren der Region Köln/Bonn die Förderung von Prävention, Rehabilitation und Pflege für die Bürger und Bürgerinnen der Region weiterzuentwickeln.

Bei der Umsetzung zukünftiger Informations- und Aufklärungsprojekte für Senioren und Seniorinnen in Bonn wird der Verein im Sinne einer intensiven Vernetzung verschiedener Kompetenzen ein weiterer wichtiger Kooperationspartner sein.

2.3.1 Demenz: Eine besondere gesellschaftliche Herausforderung

Eine besondere Herausforderung für die Kommunen bezüglich der Gesundheit von Senioren stellt der Umgang mit dem Krankheitsbild „Demenz“ dar.

Ungefähr 950 000 Menschen leiden in Deutschland an einer mittelschwer oder schwer ausgeprägten Demenzerkrankung und die Zahl ist steigend. Bis 2030 wird die Anzahl der an Demenz Erkrankten voraussichtlich auf zirka 1,9 bis 2,5 Millionen anwachsen.

Die meisten von ihnen, zirka 75 Prozent, leiden an Morbus Alzheimer. Von daher gilt es zukünftig auch in Bonn ein entsprechendes Beratungs- und Pflegeangebot vorzuhalten und das Personal entsprechend zu schulen.

Folgende Hilfsangebote existieren in Bonn derzeit in Bezug auf Demenz:

2.3.2 Beratung bei Demenz

Im „Haus der Bonner Altenhilfe“ befindet sich eine zentrale Anlaufstelle für demenziell erkrankte Menschen, deren Angehörige sowie für andere Beratungsstellen und Angebotsträger. Es existiert außerdem ein Arbeitskreis, in dem sich die Anbieter von Hilfs- und Betreuungsangeboten, Kliniken, Ärzte und Sozialverwaltung für Personen mit Einschränkungen der Alltagskompetenz regelmäßig treffen. Hier werden gemeinsam Informationen über neue Angebote, über Fehlbedarfe und deren Beseitigung und Rahmenbedingungen für die Vernetzung der Angebote erarbeitet und im Rahmen von Ausstellungen, Broschüren und Info-Reihen den Betroffenen, Angehörigen und Interessierten zur Verfügung gestellt.

Im Sinne von bedarfsgerechten und dezentralen Umsetzungsstrategien für Quartierskonzepte in Bonn wird zukünftig auch in den „SpOTS light“ eine qualifizierte Beratung bezüglich aller Probleme rund um Demenzerkrankungen eingerichtet werden.

2.3.3 Unterstützungsangebote für die Versorgung Demenzkranker zu Hause

a) Ambulante Pflege

Die Betreuung und Pflege von Demenzkranken bedeutet für die Angehörigen eine enorme Belastung, und so müssen diese in gewissem Umfang bei der Pflege begleitet werden. Nach wie vor werden etwa zwei Drittel der Demenzpatienten zu Hause von ihren Angehörigen und ambulanten Pflegediensten versorgt und von ihren Hausärzten behandelt.

Seit 2006 bietet die Bonner Altenhilfe hier eine qualifizierte Unterstützung im Rahmen von „Validation - Umgang mit demenzkranken Menschen“ an.

Die Zahl der von ambulanten Pflegediensten versorgten Pflegebedürftigen, bei denen eine diagnostizierte Demenz vorliegt, liegt in Bonn bei 22 Prozent. Es wird jedoch vermutet, dass der Anteil der an Demenz Erkrankten weitaus höher liegt und weiter

steigen wird. Die Bonner Altenhilfe wird von daher ihr Unterstützungsangebot in diesem Bereich entsprechend ausbauen müssen, auch unter interkulturellen Aspekten.

b) Versorgung in teilstationären Einrichtungen

Die Tagespflege in den diversen Bonner teilstationären Einrichtungen bietet für Menschen mit Demenz und deren Angehörige sowie Pflegende differenzierte Unterstützungsangebote durch qualifiziertes und speziell geschultes Pflegepersonal.

2.3.4 Versorgung in Wohn- und Pflegeeinrichtungen

In den stationären Bonner Einrichtungen liegt der Anteil der an diagnostizierter Demenz leidenden Pflegebedürftigen derzeit bei 38,29 Prozent. Allerdings wird auch hier der tatsächliche Anteil der an Demenz Erkrankten wesentlich höher eingestuft. So genannte „Beschützende Einrichtungen für Demenzkranke“ sind in Bonn das „Haus Luise“ sowie das „Itzel-Sanatorium“.

Die Bonner Wohn- und Pflegeeinrichtungen haben in der Vergangenheit auf die zunehmende Zahl der Demenzkranken reagiert und ein System zur Schulung von speziellen Pflegefachkräften etabliert, das weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden soll.

Alle Einrichtungen verfügen mittlerweile auch über Fachpflegekräfte mit einer speziellen gerontopsychiatrischen Zusatzausbildung. So kann eine optimale Versorgung sichergestellt werden, denn jeder Demenzkranke benötigt eine individuelle Begleitung (Zuschüsse durch SGB XI).

Nach der Maxime „so viel Hilfe wie nötig, so viel Selbstständigkeit wie möglich“ wird man zukünftig auch zunehmend Wohngruppen für Demenzkranke in Altenpflegeheime integrieren, da mit einer wachsenden Zahl von Demenzkranken in der Zukunft zu rechnen ist.

Konkrete Ziele:

- Die Vernetzung von medizinischer und pflegerischer Versorgung und Information für Senioren und Seniorinnen ist auszubauen.
- Informations- und Aufklärungsprojekte bezüglich der Gesundheit von Senioren und Seniorinnen sind bedarfsgerecht und dezentral durchzuführen.
- Zielgruppenspezifische Angebote der Prävention sollen verstärkt angeboten werden.
- Die Kenntnisse von Hausärzten über ein frühzeitiges Erkennen der Demenz müssen wesentlich verbessert werden. Hierfür soll ein spezifisches Weiterbildungsangebot (Ärztekammer) für Hausärzte und Hausärztinnen zur Diagnostik und Behandlung von Demenzerkrankungen eingerichtet werden.
- Synergieeffekte mit dem Bonner Demenzforschungszentrum „Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“ (DZNE) sollen systematisch erschlossen und genutzt werden.
- Das Personal in ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen soll gezielt geschult werden, um eine optimale Versorgung für

Demenzkranke sicherzustellen, auch unter interkulturellen Gesichtspunkten.

- Um pflegende Angehörige zu unterstützen und auch kurzfristig zu entlasten, soll das ambulante Versorgungsangebot in den Stadtteilen ausgebaut sowie ehrenamtliches Engagement unterstützt werden.
- Die Einrichtung weiterer alternativer Wohnformen für pflegebedürftige und verwirrte ältere Menschen muss geprüft und gegebenenfalls initiiert werden.

Als Best-Practice-Beispiel kann hier die Bonner „Anlaufstelle für demenzerkrankte Menschen und deren Angehörige“ im „Haus der Bonner Altenhilfe“ genannt werden, deren Beratungsangebot stark frequentiert wird.

2.4 Kultursensible Altenhilfe

2.4.1 Bonner Bevölkerung nach Herkunftsländern

In Bonn lebten am 30.6.2009 insgesamt 75 150 Zuwanderer und Zuwanderinnen *, dies sind 24 Prozent der Bonner Bevölkerung. Die größte Gruppe darunter stammt aus der Türkei (11,3 Prozent).

Parallel zum Anstieg der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung Bonns ist der Anteil der älteren Migranten und Migrantinnen ebenfalls gewachsen.

* Im Juli 2009 hatten in Bonn zirka 7 300 Personen über 60 Jahre einen Migrationshintergrund, dies entspricht etwa jedem zehnten Einwohner und Einwohnerin in Bonn (davon zum Beispiel aus Griechenland 16,3 Prozent, Portugal 14,9 Prozent, Spanien 14,3 Prozent, Italien 11,9 Prozent, ehemalige UdSSR 21,2 Prozent, Ukraine 19,5 Prozent).

Ältere Migranten und Migrantinnen lassen sich in drei große Gruppen aufteilen:

- a) Die so genannten Arbeitsmigranten und -migrantinnen aus den Herkunftsländern Türkei, Marokko, Griechenland und dem ehemaligen Jugoslawien stellen die größte Gruppe dar. Diese Menschen leben schon 30 bis 40 Jahre in Deutschland, und es kann davon ausgegangen werden, dass sie überwiegend ihren Lebensabend in Bonn verbringen werden.
- b) Eine beachtliche Gruppe stellen die Senioren und Seniorinnen dar, die als Flüchtlinge beziehungsweise Kontingentflüchtlinge vor allem aus folgenden Ländern nach Bonn kamen: Afghanistan, Kroatien, Irak, Iran, Somalia, Syrien und die ehemaligen GUS-Staaten (jüdische Migranten und Migrantinnen).
- c) Eine weitere Gruppe stellen auch die älteren Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen dar, die aufgrund ihrer Migrationserfahrung zu diesem Themenbereich zu zählen sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass von den älteren Migranten und Migrantinnen stationäre und andere Einrichtungen für Senioren und Seniorinnen in Bonn bislang noch kaum genutzt werden.

Um die Hintergründe dafür sowie generell die Bedarfe der älteren Migranten und Migrantinnen in Bonn zu eruieren, sollte deshalb hierzu eine differenziertere Datenbasis erstellt werden.

* Zahlenangaben laut städtischer Statistikstelle

2.4.2 Migration und Alter in Bonn

Verfolgt man in den letzten Jahren in Bonn die Diskussion um die Versorgung dieser Personengruppe, so wird deutlich, dass sich sowohl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Migrationsarbeit als auch der Altenhilfe auf eine wachsende und sehr heterogene Bevölkerungsgruppe einstellen müssen, auf deren Altwerden sie bislang nicht umfassend vorbereitet waren.

Zwar stellen ältere Bonner Migranten und Migrantinnen im Vergleich zu den deutschen Senioren und Seniorinnen innerhalb ihrer Bevölkerungsgruppen zurzeit noch eine relativ kleine Gruppe dar. Betrachtet man jedoch die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, so ist erkennbar, dass dies die am stärksten anwachsende Gruppierung älterer Menschen in Bonn darstellt.

Deshalb muss einer vorausschauenden und adäquaten Versorgung älterer Zuwanderer und Zuwanderinnen eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Hinzu kommt, dass entsprechende Unterstützungsmaßnahmen angesichts der sehr heterogenen Gruppe der älteren Migranten und Migrantinnen inhaltlich differenziert konzipiert und umgesetzt werden müssen. Gerade die Tatsache, dass ältere Migranten und Migrantinnen die Dienste der offenen sozialen Arbeit aus unterschiedlichsten Gründen bisher kaum nutzen, spiegelt den Handlungsbedarf in diesem Bereich wider. So müssen beispielsweise künftig mehrsprachige Infoveranstaltungen über die Bonner Angebote für Senioren und Seniorinnen in Kooperation verstärkt mit Migrantenorganisationen und anderen Netzwerkpartnern, wie zum Beispiel den Moscheengemeinden, durchgeführt werden.

2.4.3 Kultursensible Pflege

Eine Befragung der stationären Einrichtungen im Jahr 2008 in Bonn hat ergeben, dass lediglich 1,99 Prozent der Bewohner und Bewohnerinnen einen Migrationshintergrund haben.

Beim Pflegepersonal ist jedoch ein hoher Prozentsatz von Menschen aus Osteuropa vertreten.

In den ambulanten Einrichtungen haben 6 Prozent der Pflegebedürftigen, die dort betreut werden, einen Migrationshintergrund. Sowohl beim Personal als auch bei den zu Pflegenden ist Osteuropa das am stärksten vertretene Herkunftsgebiet.

2.4.4 Kultursensible Beratungs- und Hilfsangebote

Die kommunale Altenhilfe in Bonn stellt sich schon seit einigen Jahren mit verschiedenen Kooperationspartnern der Herausforderung, alle älteren Menschen unabhängig von Kultur, Herkunft, Religion oder Weltanschauung zu erreichen. So werden für die Migranten und Migrantinnen in Bonn schon seit Jahren Broschüren über die Bonner Altenhilfe und Möglichkeiten rund um das Thema „Pflege“ in verschiedenen Sprachen vorgehalten.

Nur relativ wenige ältere Menschen mit Migrationshintergrund nutzen allerdings die in Bonn vorhandenen Angebote für Senioren und Seniorinnen, und es mangelt gleichzeitig an aussagekräftigen Daten und Erkenntnissen über die Ursachen hierfür. Bei den Bemühungen, dass die pflegerischen, sozialintegrativen, medizinischen und präventiven Angebote auch von Migranten und Migrantinnen entsprechend angenommen werden, werden zukünftig besonders die „SpOTS“ eine zunehmend

wichtige Rolle spielen, und zwar speziell in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil. Hier wird zukünftig zu prüfen sein, welche Kooperationen die „SpOTS“ gezielt mit Migrantenorganisationen, Stadtteilmüttern, KITAS, Sprachkursträgern und so weiter initiieren können und inwieweit hauptberufliche und ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund einbezogen werden können.

Auch ist das Pflegepersonal auf diese Herausforderung vorzubereiten und entsprechend zu schulen, denn Informationsdefizite im interkulturellen Bereich betreffen nicht nur die Senioren und Seniorinnen selbst sondern auch die Fachkräfte. Ein Schwerpunkt der Bonner Seniorenpolitik muss deshalb zukünftig die interkulturelle und quartiersbezogene Ausrichtung der Angebote sein, um dieser Herausforderung angemessen und qualifiziert begegnen zu können.

Konkrete Ziele:

- Kooperationen mit den Migrantenselbstorganisationen sollen intensiviert werden, damit sie selbst im Rahmen ihrer Möglichkeiten inhaltliche Konzepte zur Versorgung älterer Migranten und Migrantinnen skizzieren und mit den verantwortlichen Stellen umsetzen können.
- Die städtischen Stellen, die sich mit Integration befassen, sollen die Kontakte mit älteren Migranten und Migrantinnen gezielt hinsichtlich zielgruppengerechter Informationsweitergabe intensivieren.
- Die Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation muss künftig in der Versorgung älter werdender Migranten und Migrantinnen intensiviert werden.
- Im Prozess der interkulturellen Öffnung soll eine bessere Vernetzung der Arbeitsfelder „Altenhilfe“ und „Migrationsarbeit“ stattfinden.
- Das Pflegepersonal muss im Bereich „Kultursensible Altenpflege“ geschult werden.
- Es sollen verstärkt Infoveranstaltungen in Schulen bezüglich der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich Pflege durchgeführt werden.

2.5 Lebenslanges Lernen

Es gilt mittlerweile als allgemein anerkannt, dass lebenslanges Lernen die wirtschaftliche Entwicklung generell, aber insbesondere die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessern kann. Lernen im Alter bedeutet darüber hinaus mehr Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und soziale Kontakte. Der demographische Wandel erfordert auch im Bereich Bildung eine Neuorientierung, die einerseits das Wissenspotenzial Älterer nutzbar macht und dieses gleichzeitig weiterentwickelt und vernetzt. Dabei kann die Innovationskraft und Produktivität älterer Menschen sowohl im Beruf als auch in unterschiedlichsten Formen gesellschaftlichen Engagements durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen erheblich gesteigert werden.

In generationenübergreifenden Bildungsprojekten können gerade in der Kommune innovative Lernszenarien und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, in denen alle Generationen und Nationalitäten sowohl die Rolle der Wissensver-

mittelnden als auch der Lernenden einnehmen. Hier sollten speziell auch bildungsferne Gruppen und Personen aktiv miteinbezogen werden.

Konkrete Ziele:

- Generationenübergreifende Bildungsprojekte sollen weiterentwickelt werden.
- Alle Akteure des Bonner Arbeitsmarktes, die Weiterbildungsträger sowie die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sollen umfassend zum Thema „Lebenslanges Lernen“ informiert werden und ein entsprechendes Netzwerk bilden.
- Die Bonner Altenhilfe initiiert einen AK „Lebenslanges Lernen“, der alle relevanten Bonner Akteure mit einbezieht.

2.6 Öffentlichkeitsarbeit

Die kommunale Seniorenpolitik in ihrer gesamten Bandbreite soll zukünftig gezielter in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden, damit das Ziel eines solidarischen Miteinanders aller Generationen auch in Bonn weitere Verbreitung findet.

An der Umsetzung zukünftiger Informations- und Aufklärungsprojekte sollten daher alle Akteure und Betroffene beteiligt werden, damit die gesamte Thematik mit ihren Herausforderungen und Chancen entsprechend differenziert, sachkundig und informativ aufbereitet und der gesamten Bonner Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden kann. Hierbei sollten mediale und andere Möglichkeiten vom Flyer über Zeitschriften, Veranstaltungen und TV bis hin zum Internet genutzt werden.

Konkrete Ziele:

- Informationsforen, Workshops und Fortbildungen für alle Interessierte sollen stadtteilbezogen durchgeführt werden.
- Der „Markt der Möglichkeiten“, der einmal jährlich in der Bonner Innenstadt stattfindet, soll weiterhin gezielt zur zentralen Darstellung der Schwerpunkte der Bonner Seniorenpolitik genutzt werden.
- Spezielle Informationsbroschüren für Migranten und Migrantinnen sollen entwickelt und verbreitet werden.
- Die Medien sollen aktiv in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden.
- Über Bonner Best-Practice-Beispiele sowie bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Seniorenpolitik soll die Öffentlichkeit verstärkt informiert werden.

3 Schlussbemerkungen

Im Zentrum der Überlegungen für eine Weiterentwicklung der Bonner Seniorenpolitik steht auf der einen Seite die Sicherung des bis heute gut ausgebauten Netzes an unterschiedlich strukturierten und sich ergänzenden Maßnahmen und Angeboten für ältere Menschen in Bonn im Bereich der Beratung, Betreuung, Pflege, Information, Bildung und Freizeitgestaltung.

Der schon seit einiger Zeit in Bonn eingeschlagene Weg einer systematischen Qualitätssteigerung der Altenhilfe unter anderem durch eine dezentrale, auf die jeweiligen Wohnquartiere ausgerichtete Angebotsstruktur, muss andererseits

konsequent weiterverfolgt werden, wenn man das bisherige hohe Niveau des Leistungsangebotes für die älteren Menschen bewahren will.

An diesem umfassenden Prozess sind alle in der Seniorenpolitik und Altenhilfe tätigen Akteure und Netzwerke zu beteiligen, damit die Chancen des demographischen Wandels genutzt und die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommune unter Berücksichtigung der finanziellen Spielräume nachhaltig verbessert werden kann. In dem Bestreben, Bonn „demographiefest“ zu machen und an die veränderten Bedarfe anzupassen, sollte zunehmend interdisziplinär gearbeitet werden, es sollten kommunale Netzwerke für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik gefördert werden, und es sollten generell neue Wege des Denkens und Planens angestoßen werden. Dies schließt die Förderung des aktiven Alterns in allen gesellschaftlichen Bereichen ebenso ein, wie die Unterstützung bei Hilfebedarf und für sozial benachteiligte Ältere. Insgesamt gilt es, alle Angebote für ältere Menschen in Bonn sowie den Bonner Altenplan zeitnah weiterzuentwickeln, und mit den unterschiedlichsten Akteuren ganzheitlich zu vernetzen, neueste Erkenntnisse und Entwicklungen aufzugreifen und entsprechend den finanziellen, personellen und so weiter Möglichkeiten anzupassen. Eine aktive Steuerung dieser komplexen Prozesse in unserer Kommune durch das Amt für Soziales und Wohnen soll sicherstellen, dass die Bonner Seniorenpolitik den zukünftigen Herausforderungen verantwortungsvoll und aktiv gerecht wird.

www.bonn.de

**STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.**

Herausgeber:
Bundesstadt Bonn, Amt für Soziales und Wohnen, Presseamt,
Oktober 2009, Auflage: 200, Druck: Hausdruckerei